



/Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postfach 3269 | 55022 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für
Wirtschaft und Verkehr
Herrn Andreas Rahm, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz

18/1119
VORLAGE

DIE MINISTERIN
Daniela Schmitt
Stiftsstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-2201
Telefax 06131 16-2170
poststelle@mwwlw.rlp.de
www.mwwlw.rlp.de

Dezember 2021

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 18. November 2021

TOP 10 Die wirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz unter Corona-Bedingungen und Unterstützungsmaßnahmen für unsere Unternehmen
Antrag der Fraktion der SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, FDP nach § 76 Abs. 2 GOLT –
Vorlage 18/771

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der vorgenannte Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 18. November 2021 mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt. Gemäß diesem Beschluss berichte ich wie folgt:

Seit der Berichterstattung aus dem letzten Ausschuss vom 30. September hat sich der wirtschaftliche Ausblick eingetrübt. Auf die Herausforderungen durch gestörte Lieferketten hatte ich im September hingewiesen. Hier zeigen sich gerade für Bereiche des produzierenden Gewerbes deutliche Auswirkungen.

Auch in Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kommt die Eintrübung der Konjunktur zum Ausdruck. Die Wirtschaftsweisen erwarten, dass das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in diesem Jahr um 2,7 % und im kommenden Jahr um 4,6 % steigt. Gegenüber der Konjunkturprognose vom März hat der Rat damit seine Prognose für dieses Jahr um 0,4 Prozentpunkte nach unten korrigiert. Als Hauptgrund werden Lieferengpässe genannt.

Grundsätzlich erholt sich die deutsche und die rheinland-pfälzische Wirtschaft aber weiterhin von den Folgen der Corona-Pandemie, wenn auch langsamer als zunächst erhofft. Die Prognose der Sachverständigen geht davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt das Vorkrisenniveau aus dem 4. Quartal 2019 im Verlauf des



1. Quartals 2022 wieder erreichen dürfte. Nicht berücksichtigt in dieser Prognose ist aber das aktuelle Wiederaufflammen der Pandemie und die damit verbundenen Beeinträchtigungen.

Unabhängig vom Pandemiegeschehen führen die Lieferengpässe in der deutschen und rheinland-pfälzischen Industrie gegenwärtig zu einem Auseinanderfallen von Auftragseingängen und Produktion.

Während die Auftragseingänge bis in den Oktober hineinzunehmen, kann die Produktion nicht Schritt halten und ist in Teilbereichen rückläufig. Fehlende Vorprodukte, insbesondere elektronische Bauteile, begrenzen aktuell die Kapazitäten und führen bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie im Verarbeitenden Gewerbe zu einer rückläufigen Produktion. Der Maschinenbau konnte dagegen trotz aller Lieferengpässe auch in der Produktion leicht zulegen. Die Chemieindustrie bewegt sich ebenfalls im Plus.

Die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen – wie die Wirtschaftsweisen – erst im Laufe des kommenden Jahres mit einer Entspannung. Bis dahin sollen die Produzenten von Vorprodukten ihren Rückstand aufgeholt und sich die Staus an den Häfen dieser Welt verringert haben.

Erfreulich ist, dass sich die Arbeitsmarktzahlen insgesamt gut entwickeln und die Zahl der Erwerbstätigen leicht steigt.

Im Bauhauptgewerbe – das im ersten Halbjahr einen deutlichen Zuwachs verzeichnet hatte – gingen die Auftragseingänge im August deutlich um 19 Prozent im Vergleich zum Vormonat zurück. Das Statistische Landesamt sieht hierin einen Effekt der zuletzt deutlich gestiegenen Baupreise und verweist zudem auf das sehr hohe Ausgangsniveau.

Im rheinland-pfälzischen Einzelhandel zeichneten sich zunächst Nahholeffekte durch die Verbraucher ab. Während der Handel mit Lebensmitteln im August rückläufig war, waren Bekleidung, Schuhe und Lederwaren gefragt. Aktuell ist aber von einer deutlichen Beeinträchtigung der Umsätze auszugehen.

Der Tourismus leidet immer noch unter den Folgen der Corona-Pandemie – und es hat sich gezeigt, dass die verheerende Flutkatastrophe im Ahrtal auch hier weitere negative Auswirkungen hat. Gäste stornierten ihren geplanten Aufenthalt, betroffen war nicht nur das Ahrtal, sondern ebenso die angrenzenden Regionen. Die Förderung



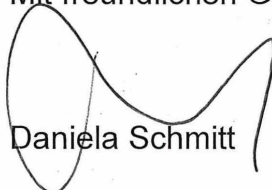
der Tourismus und der touristischen Betriebe bleibt weiterhin von enormer Bedeutung für die Landesregierung.

Eine Belastung für Unternehmen und Verbraucher ist die hohe Inflationsrate. In Teilen sind Sondereffekte hierfür verantwortlich wie die temporären Senkung der Mehrwertsteuer sowie der niedrigen Mineralölpreise des vergangenen Jahres. Auch die CO₂-Bepreisung der fossilen Brennstoffe lässt die Preise aktuell steigen. Hinzukommen knappe Rohstoffe, was sich ebenso auf die Preise auswirkt, sowie eine hohe Nachfrage. Der Sachverständigenrat erwartet in Deutschland eine Inflationsrate von 3,1 Prozent für das Jahr 2021 und von 2,6 % für das Jahr 2022.

Soweit die Übersicht über die konjunkturelle Entwicklung.

Mit Blick auf die Corona-Hilfen ist noch mitzuteilen, dass zunächst eine deutlich nachlassende Nachfrage nach den Überbrückungshilfen des Bundes festzustellen war. In der Überbrückungshilfe III plus, die den Förderzeitraum Juli bis Dezember 2021 umfasst, lagen in Rheinland-Pfalz Mitte November 1.165 Anträge mit einem Volumen von 52,1 Mio. Euro vor, im Vorgängerprogramm der Überbrückungshilfe III wurden in Rheinland-Pfalz mehr als 25.000 Anträge gestellt. Inwiefern diese an für sich erfreuliche Entwicklung der nachlassenden Nachfrage nach staatlicher Unterstützung anhält, kann im Moment noch nicht abschließend festgestellt werden. Es ist aber mit Blick auf die Entwicklung der Pandemie grundsätzlich von einer verstärkten Nachfrage nach den Hilfsangeboten auszugehen. Daher hat sich die Landesregierung dafür eingesetzt, die die Überbrückungshilfe als Unterstützungsinstrument bis zum 31.3.2022 zu verlängern. Die Verlängerung ist auch Gegenstand der aktuellen MPK-Beschlüsse. Die Bundesregierung hat sich mittlerweile öffentlich zu einer Verlängerung der Überbrückungshilfen in Form der Überbrückungshilfe IV bekannt; die Landesregierung hofft, dass das Antragsverfahren schnell eröffnet wird, damit den betroffenen Unternehmen auch im kommenden Jahr ein Hilfsangebot gemacht werden kann.

Mit freundlichen Grüßen



Daniela Schmitt